Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 20

Artikel: Die Gewerkschaften in der UdSSR

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076867

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Gewerkschaften in der UdSSR

Während bei uns die Gewerkschaften den Schutz der Arbeitnehmer zur Aufgabe haben, vertreten sie im kommunistischen System die Interessen des staatlichen Arbeitgebers. Diesen grundsätzlichen Unterschied gilt es immer zu berücksichtigen, wenn die gewerkschaftliche Organisation diesseits oder jenseits des Eisernen Vorhangs zur Diskussion steht. Die nachstehende Untersuchung ist der Rolle und dem Aufbau des Gewerkschaftswesens in kommunistischen Staaten gewidmet. Sie ist dazu geeignet, die dialektische Doppelzüngigkeit aufzuzeigen, mit welcher die kommunistische Propaganda im Westen die Gewerkschaften zu beeinflussen sucht.

L.R. Artikel 126 der Sowjetverfassung garantiert die Parteiführung im Staat und in der Gesellschaft. Alle Staats- und Gesellschaftsorganisationen unterstehen der Parteiführung und zwar sowohl direkt durch die in ihnen eingebauten «Parteizellen» als auch indirekt — d.h. durch die Verschmelzung der leitenden Organe aller Gesellschafts- und Staatsorganisationen und -organe mit der Partei. Nach marxistisch-leninistischer These stellen die Gesellschaftsorganisationen eigentlich die «Transmissionsriemen» der Partei zu den Massen dar. Die Partei kann nicht die ganze Gesellschaft unmittelbar erfassen. Vielmehr bedient sie sich dazu der verschiedenen Gesellschaftsorganisationen und -organe. Die Rolle der «Transmission» gibt eigentlich den Sinn der Existenz aller Gesellschaftsorganisationen, — und vor allem der Gewerkschaften wieder.

Stellung in den Verfassungen

Es lohnt sich, die verfassungsmässigen Bedingungen aller Gesellschaftsorganisationen — und wieder vor allem jene der Gewerkschaften — gründlicher unter die Lupe zu nehmen, damit man sieht, welche Rolle die Verfassungen verschiedener kommunistischen Staaten den Gewerkschaften zuschreiben:

Die konstitutionellen Bedingungen der «Vereinsfreiheit» im allgemeinen und der freien Tätigkeit sowjetischer und volksdemokratischer Gewerkschaftsorgane sind folgende:

1. die Tätigkeit der Vereine (Gewerkschaften) wird nur garantiert «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen» (UdSSR: Artikel 126, Rumänien: § 86),

2. zur Entwicklung organisatorischer Selbsttätigkeit und politischer Aktivität der Volksmassen (UdSSR: § 126), bzw. der Initiative der Werktätigen zur Organisierung ihrer politischen Tätigkeit (Albanien: § 21),

3. zur Entwicklung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivität der Werktätigen (Polen: § 72; Rumänien: § 86; Ungarn: § 56, Abs. 1), bzw. zur Entfaltung der gesellschaftichen Tätigkeit (CSSR: § 5),

4. zur aktiven Teilnahme am politischen, gesellschaftichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben (Polen: § 72; CSSR: § 5), respektive am Aufbau des Sozialismus (Ungarn: § 56, Abs. 2),

5. zur Ausübung von Erziehungsarbeit unter den Werktätigen, zur Festigung der internationalen Solidarität (Ungarn: § 56, Abs. 2),

6. und unter Parteileitung und Parteikontrolle (UdSSR: § 126, Ungarn: § 49 usw.).

Keine Schutzfunktionen für die Arbeiter

Den Gewerkschaften kommt eigentlich keine spezielle Rolle unter dem System der «Transmissionen» zu. Die wissenschaftlichen Organisationen dienen zur Festigung der Disziplin der Wissenschafter, zur Gewährleistung der Parteileitung- und -kontrolle unter den Wissenschaftern, Künstlern, Literaten, usw.; die Jugendorganisationen dienen zur Mobilisierung der Jugend, für Bildung und vor allem für den «Aufbau des Sozialismus oder Kommunismus».

Im System der Transmissionen nehmen die Gewerkschaften und der Kommunistische Jugendverband (Komsomol) den ersten Platz ein. Der wesentlichste Unterschied zwischen beiden liegt darin, dass die Jugendorganisationen eigentlich direkt eine Parteiabteilung, einen jugendlichen Flügel der Partei bilden. Die wichtigsten Grundsätze der Parteitätigkeit im Komsomol sind in einem speziellen Kapitel im Parteistatut aufgezählt. Während Komsomolmitgliedschaft und Parteimitgliedschaft einander grundsätzlich ausschliessen (jedoch mit der Ausnahme der Komsomolfunktionäre, welche auch Parteimitglieder sein können und sein sollen), ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und in einer Parteiorganisation nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht. Wie wir bei der Aufzählung der Existenzbedingungen von Gesellschaftsorganisationen gesehen haben, wird dort nichts über den speziellen Schutz der Interessen der Werktätigen gesagt, denn es heisst nach offizieller Version aller kommunistischen Parteien: im Sozialismus sind die Interessen der Werktätigen mit denen der ganzen Gesellschaft und des Staates gleich; infolgedessen fällt hier jede Schutzfunktion grundsätzlich weg.

Erziehungsorgane für den staatlichen Arbeitgeber

Die Mission der Gewerkschaften hat sich — laut Marxismus-Leninismus-Stalinismus (— und «Chruschtschewschina» —) im kommunistischen oder dem sogenannten «sozialistischen» System radikal geändert, weil sie sich mit «Lohndemagogie» nicht mehr beschäftigen sollen. Die Ausbeutung ist nach dieser Auslegung ja aufgehoben, und es ist ausschliesslich die kapitalistische Ausbeutung, welche die Gewerkschaften auf den Weg der Lohnpolitik und des Kampfes für die speziellen Arbeiterinteressen schob. Im «Sozialismus» und Kommunismus ist die Gewerkschaft Helferin, Unterstützerin der Parteipolitik (Népszab. 6. 2. 1958). Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist der politische und ideologische Kampf zur Umerziehung der Werktätigen gegen alle Erscheinungen von Ueberresten der Vergangenheit: Bevorzugung der Privatinteressen, der Gruppeninteressen, «Privateigentumspsychologie» usw. Die Gewerkschaften sind also Erziehungsorgane, welche die Werktätigen zur Arbeitsdisziplin erziehen, kontrollieren und behilflich sind, den «neuen Menschen» heranzuziehen.

Eine der wichtigsten Funktionen der Gewerkschaften ist es — im Gegensatz zu den Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern — für die Gesamtziele und Gesamtaufgaben des ganzen Landes, der ganzen Gesellschaft und der ganzen Volkswirtschaft zu kämpfen.

Gegen die Sonderinteressen

Oft stehen — wie es nach offizieller kommunistischer Version heisst — die Gesamtinteressen aller Werktätigen und die Gruppeninteressen einzelner Fabrikbelegschaften, einzelner Gebiete oder Sowjetrepubliken scheinbar gegeneinander. In diesem Falle müssen die Gewerkschaften den Werktätigen erklären, dass sie in die weitere Zukunft blicken müssen und sich nicht für ihre momentanen Interessen einsetzen dürfen. Diese Funktion der Gewerkschaften wird besonders seit 1957 betont, als Chruschtschew die «Dezentralisierung» der Industrie- und Bauverwaltung einführte.

Seitdem kommen öfters Fälle vor, in denen gewisse Gebiete, Provinzen, sogar ganze Republiken ihre momentanen Interessen mit denjenigen des Gesamtstaates als nicht vereinbar betrachten. Aehnliches betrifft auch die Belegschaft einzelner Fabriken und einzelne Industriebranchen. In diesem Falle ist es Pflicht der Gewerkschaften, für die Gesamtinteressen der Volkswirtschaft und des Staates zu plädieren.

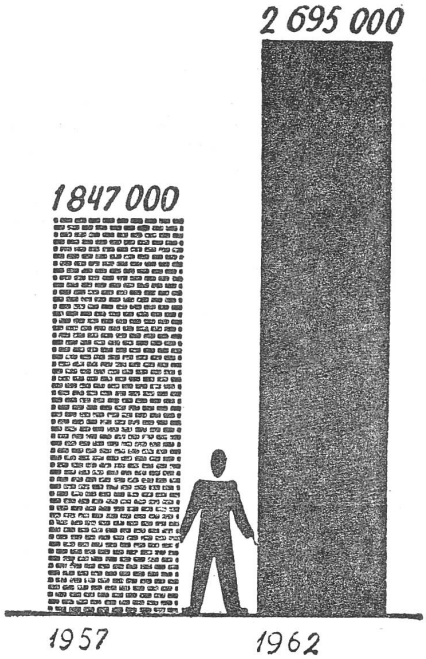
Natürlich sind es die zentralen Parteiorgane, welche «unbeirrbar» feststellen, was gesamtstaatliches Interesse ist. Die Gewerkschaften müssen sich also gegen die Lokalinteressen und für die Gesamtinteressen einsetzen.

Es ist einleuchtend, dass diese Funktion schwer ist und sowohl Partei- und Staatsfunktionäre als auch Gewerkschaftsfunktionäre oft gerügt werden, weil sie die Provinzinteressen den gesamtstaatlichen gegenüber zur Geltung bringen. 1958 mussten sogar scharfe Strafmassnahmen eingeführt werden: Funktionäre, welche in der wirtschaftlichen Tätigkeit die gesamtstaatlichen Interessen vernachlässigen (im Plan auferlegte Lieferungen in andere Teile der Sowjetunion nicht erfüllen usw.), müssen mit langdauernder Freiheitsentziehung bestraft werden.

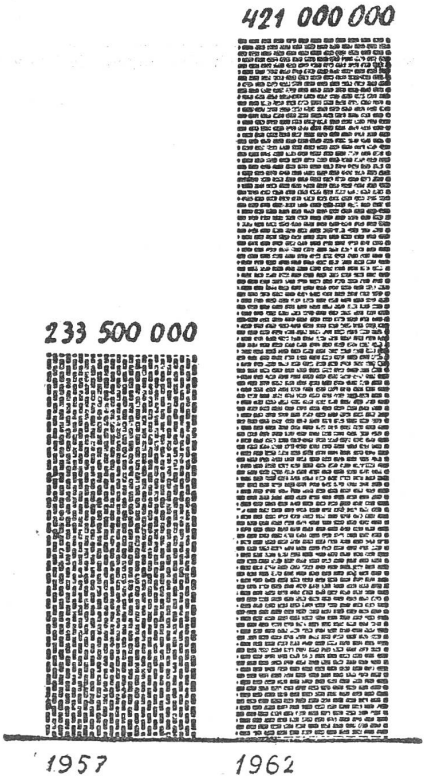
Aufbau nach Parteimuster

Wie auch das gegenwärtig geltende Statut der Sowjetgewerkschaften (angenommen am XI. Kongress der Sowjetgewerkschaften, am 15. 6. 1954) betont, stellt die Gewerkschaft eine parteilose gesellschaftliche Massenorganisation dar, die ihre Tätigkeit unter der Führung der Partei ausübt (vgl. Bolschaja Sow. Enz.; BSE = grosse Sowjetenzyklopädie, Bd. 44, S. 398) und deren Aufgabe die Zusammenfassung der werktätigen Massen rings um die KPdSU ist (Statut, Einleitung, § 6). Sie sind eine der wichtigsten Festungen der «Diktatur der Arbeiterklasse» und werden nach den gleichen Prinzipien aufgebaut wie die Partei selbst: Demokratischer Zentralismus und Produktionsprinzip oder territoriales Prinzip (BSE, Bd. 35, S. 160 bis 162).

Es ist gerade der demokratische Zentralismus, welcher der Partei die Führung innerhalb der Gewerkschaften völlig garantiert: Die höheren Organe der Gewerkschaften, bzw. die leitenden Funktionäre der Ge-



Breitenentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Ungarn: Mitgliederzunahme (oben) und Zunahme der Mitgliedschaftsbeiträge (unten) zwischen 1957 und 1962. («Nepszabadsag», 7. Mai 1963)



werkschaftsorganisationen und -organe sind in der Parteispitze vollständig eingeschmolzen. Um die Verschmelzung von Partei und Gewerkschaft in den oberen Gewerkschaftsorganen vollkommen zu gewährleisten, hat der XI. Kongress der KP von Russland schon anfangs der zwanziger Jahre angeordnet, dass Sekretäre und Präsidenten der zentralen Gewerkschaftsorgane als Parteimitglieder über eine bestimmte Parteipraxis verfügen müssen.

Für die Mitglieder des Präsidiums der Gewerkschaftsverbände ist eine Parteimitgliedschaft von mindestens drei Jahren strikte Bedingung. Für die Mitglieder der Gebietssowjets der Gewerkschaften ist eine Parteimitgliedschaft von mindestens zwei Jahren, für die Sekretäre und Präsidenten dieser Gewerkschaftssowjets von mindestens drei Jahren erforderlich. Der X. Kongress der KP von Russland erklärte in einem Beschluss, dass «wenn die Partei auf die leitenden Posten der Gewerkschaftsbewegung solche Funktionäre, Organisatoren und Wirtschaftsfachleute stellt, welche die besondere Bedeutung der Produktionsaufgaben vollständig begreifen, sie auch darauf zu achten haben, dass die erwähnten Eigenschaften mit Hingabe dem Kommunismus gegenüber verbunden werden». «Die Auswahl der führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung soll selbstverständlich unter der leitenden Kontrolle der Partei erfolgen», — hiess es im Beschluss des erwähnten Parteikongresses.

Die feste Leitung und Kontrolle der Gewerkschaften ist für die Partei u.a. deshalb so wichtig, weil — wie Parteibeschlüsse es öfters betonten — die Organe der Industrieverwaltung aller Stufen in Uebereinstimmung mit den entsprechenden Gewerkschaftsorganen errichtet werden. Die Wirtschaftsleiter sollen auch durch die Gewerkschaften portiert werden.

Diese Bestimmungen gelten seit dreissig Jahren ununterbrochen und überall, wo die kommunistische Partei die Macht an sich greift. *(Fortsetzung folgt)*

Sowjetzonen-Gewerkschaft nur Hilfsorgan der staatlichen Leitung

Für eine Verbesserung der gewerkschaftspolitischen Arbeit in den staatlichen Organen hat der Bundesvorstand der Sowjetzonen-Gewerkschaften der Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen eine enge Zusammenarbeit mit den zentralen staatlichen Organen, vor allem mit dem Büro des Ministerrates, empfohlen.

Die Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen soll sich, wie es in einem Beschluss des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes. heisst, an der Schaffung eines einheitlichen Systems der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter des Staatsapparates sowie der «sozialistischen» Rationalisierung der Verwaltungsarbeit beteiligen. Die Zusammenarbeit soll auch die Regelung von Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter des Staatsapparates beinhalten.

Die Gewerkschaftsfunktionäre werden noch einmal darauf hingewiesen, dass allein die staatlichen Leiter für die ideologische und fachliche Ausbildung der Mitarbeiter im Staatsapparat verantwortlich sind. Aufgabe der Gewerkschaft sei es, «die staatlichen Leiter bei der Ein- und Durchführung eines einheitlichen Systems der ideologischen und fachlichen Aus- und Weiterbildung zu unterstützen, indem sie die Auswahl und Vorbereitung der Kader für das zweckentsprechende Studium unterstützen und ihnen bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Studiums helfen».

Geschichte

Sowjetunion

Lenin als Appeasement-Politiker

Vor 43 Jahren war Lenin bereit, die strategisch wichtige Halbinsel Kamtschatka für 60 Jahre an die Vereinigten Staaten zu verpachten. Den Amerikanern sollte nicht nur die wirtschaftliche Nutzung der Bodenschätze sondern auch die Errichtung von Heeres- und Flottenstützpunkten auf der im nördlichen Pazifik gelegenen Halbinsel gestattet werden. Das geht aus einem bisher geheimgehaltenen Dokument über eine Sitzung der bolschewistischen Parteiführung vom 21. Dezember 1920 hervor, das jetzt in der Moskauer Parteizeitschrift «Kommunist» veröffentlicht wurde. Der Sinn dieser Enthüllung ist offenkundig, da zur gleichen Zeit in der Moskauer «Prawda» ein ganzseitiger Artikel erschien, in dem Zitate aus Lenins Schriften und Reden zur Rechtfertigung der Politik Nikita Chruschtschews herangezogen werden. Auch gegen der Vorwurf der chinesischen Parteiführer, Chruschtschew betreibe mit seiner «Politik der friedlichen Koexistenz» nur «Appeasement» gegenüber dem Westen, wusste die «Prawda» eine These Lenins anzuführen. Sie verweist darauf, dass Lenin stets darauf gedrungen habe, «dem Zickzack-Pfad der geschichtlichen Entwicklung zu folgen» und die kommunistische Taktik entsprechend anzupassen. Lenin behauptete damals: «Unsere Partei beherrscht diese Kunst (der taktischen Anpassung) meisterhaft.» Nikita Chruschtschew möchte seinen Kritikern in Peking klarmachen, dass auch er nur Lenins Rezept anwendet und keinesfalls das alte Ziel der kommunistischen Weltherrschaft aufgegeben hat.

Rumänien

Wer hat Rumänien «befreit»?

Die Spannungen zwischen Moskau und Bukarest (siehe KB, Nr. 19) äussern sich auch in einer neuen Geschichtsschreibung. Rumänien will sich von der nationalsozialistischen Diktatur (die natürlich «faschistisch» genannt wird) jetzt selber befreit haben, statt weiterhin nur der Sowjetunion für die Befreiung danken zu müssen. Dabei steht die neue Version sogar im Widerspruch zur rumänischen Verfassung, wo die Gründung der Volksrepublik als Folge der «Befreiung Rumäniens durch die ruhmreiche Sowjetarmee» dargestellt wird.

Die Zeitschrift «Analele Institului de istorie a partidului de pe linga C.C. al P.M.R.» ein Organ des «Instituts für die Geschichte der Partei» hat eine, für kommunistische Verhältnisse sehr gewagte Kritik am Buch «Die Aussenpolitik Hitler-Deutschlands» des sowjetischen Historikers Uschakow geübt. Das Buch ist 1961 in Moskau erschienen und erwähnt unter andern Fragen die «Befreiung» Rumäniens im August 1944 durch die Sowjetarmee. A. Niri, der rumänische Kritiker Uschakows bezeichnet diese Darstellung als einen «fundamentalen Fehler des Autors.

Niris Auffassung nach (die mit der Auffassung des rumänischen Zentralkomitee übereinstimmt, weil sie in seinem Blatt veröffentlicht wurde) hat Uschakow die Tatsache übergangen, dass es im August 1944 einen